

Rohstoffversorgung kosteneffizient, verlässlich und nachhaltig sichern

Die verlässliche Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen zu bezahlbaren Preisen ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt industrieller Wertschöpfung und die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland. Rohstoffe stehen am Anfang aller Wertschöpfungsketten und sind für die Entwicklung von Zukunftstechnologien ebenso notwendig wie für die Herstellung von Alltagsprodukten und die Realisierung von Bau- und Infrastrukturvorhaben. Dabei verändert sich der Rohstoffbedarf mit der Entwicklung technologischer Innovationen.

Wachsende technologische Möglichkeiten zur Wiedergewinnung von Rohstoffen im Rahmen der Kreislaufwirtschaft und Potenziale des effizienten Einsatzes von Rohstoffen sollten kosteneffizient gehoben werden. Die Deckung des Rohstoffbedarfs allein aus Recycling ist aufgrund unzureichender Materialmengen, Qualitäten und der Begrenzung der verwendbaren Mengen durch geltende Vorschriften allerdings nicht möglich. Dies macht eine sichere Versorgung mit Primärrohstoffen auf absehbare Zeit unverzichtbar. Die heimische Rohstoffgewinnung schafft die Grundlage zahlreicher industrieller Wertschöpfungsketten. Bei vielen Rohstoffen hängt Deutschland zudem von einem verlässlichen Zugang zu den internationalen Rohstoffmärkten ab. Mit einer wachsenden Weltbevölkerung, der wirtschaftlichen Entwicklung in aufstrebenden Volkswirtschaften und der Entwicklung neuer Technologien steigt der globale Bedarf an Rohstoffen weiter an. Die Sicherung von Zugängen zu Rohstoffen liegt daher im gemeinsamen Interesse von Unternehmen und Politik. Politische Flankierung ist vor allem mit Blick auf die Gewährleistung von Planungs- und Investitionssicherheit durch verlässliche und effiziente Rahmenbedingungen geboten.

Marktwirtschaftlichen Rahmen für Rohstoffversorgung schaffen

Um Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft gewährleisten zu können, muss die sichere Rohstoffversorgung und effiziente Rohstoffnutzung integrativer Bestandteil einer industriepolitischen Gesamtstrategie für Wachstum und Innovationen werden. Oberstes Ziel muss sein, einen nachhaltigen Klima-, Natur- und Ressourcenschutz im Einklang mit einer sicheren und bezahlbaren Rohstoffversorgung zu betreiben. Nationale Alleingänge im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sowie unverhältnismäßige staatliche Eingriffe in die Produktions- und Lieferkette setzen die Rohstoffversorgung des Industrie- und Wirtschaftsstandorts Deutschland aufs Spiel, ohne international zu einem nachhaltigen Wirtschaften beizutragen. Rohstoffsicherung und der effiziente Rohstoffeinsatz sollten daher mit marktwirtschaftlichen und technologieoffenen Instrumenten vorangetrieben werden, damit die geeigneten Rohstoffe umweltverträglich zum Einsatz kommen können.

Wirtschaftsrat der CDU e.V.
Berlin, 15.01.2020

Ansprechpartner:
Robin Reh
Referent Rohstoff- und Energiepolitik
030/24087-225
r.reh@wirtschaftsrat.de

1. Gewinnung heimischer Rohstoffe kosteneffizient und umweltverträglich ermöglichen

Deutschland hat umfangreiche Vorkommen vor allem an mineralischen Rohstoffen. 2017 wurden in Deutschland über 600 Millionen Tonnen mineralischer Rohstoffe gewonnen. Die mit der Rohstoffgewinnung verbundenen Flächen sind mit etwa 0,45 % des Bundesgebiets sehr klein. Die heimische Rohstoffwirtschaft sichert Wohlstand und Beschäftigung oftmals besonders in strukturell schwachen Regionen und erhält lokale Wertschöpfungsketten aufrecht. Etwa 200.000 Menschen sind in der Rohstoffwirtschaft beschäftigt. Für die Gewinnung von Rohstoffen hat Deutschland höchste internationale Umwelt- und Sozialstandards. Neben der Vermeidung von Emissionen setzt die Gewinnung heimischer Rohstoffe daher auch internationale Maßstäbe für eine umweltverträgliche Rohstoffförderung. Entscheidend ist es, diesen Erfolg nicht klein zu reden, sondern zu verstetigen, denn heimische Vorkommen können den Rohstoffbedarf vielfach decken. Damit dieses Potenzial nicht aufgegeben wird und der Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland kosteneffizient, verbrauchsnahe und umweltverträglich mit Rohstoffen versorgt werden kann, sind vermeidbare, politisch bedingte Versorgungsengpässe und Kosten für Unternehmen und Haushalte abzuwenden. Insbesondere bestehende Wertschöpfungsketten bei Sand, Kies, Kalkstein und Gips sind derzeit gefährdet. Wir fordern:

- **Verlässlichkeit und Rechtssicherheit von Genehmigungs- und Zulassungsverfahren stärken:** Mit dem Bundesberggesetz und dem sonstigen anwendbaren Recht hat Deutschland einen etablierten Rahmen geschaffen, der die Gewinnung von Rohstoffen ermöglicht und dabei eine umfassende Anwendung des Umweltrechts gewährleistet. In der Verwaltungspraxis erstrecken sich viele Genehmigungsverfahren jedoch über zehn Jahre und mehr und sind durch sich laufend verändernde Anforderungen und Prozessklagen mit hoher Rechtsunsicherheit verbunden. Dies untergräbt Planungs- und Investitionssicherheit und gefährdet eine effiziente und umweltverträgliche Gewinnung von Rohstoffen. Um die Anwendung des bestehenden Rechtsrahmens planbarer zu machen, sollten bundesländerübergreifende Maßnahmen zur Erreichung effizienter, planungs- und rechtssicherer Genehmigungs- und Zulassungsverfahren auf den Weg gebracht werden. Dazu sollten die Landesbergämter, die geologischen Dienste der Bundesländer sowie die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe personell gestärkt werden, um fachlich unabhängige Entscheidungsgrundlagen sicherzustellen. Bundesländerübergreifende Leitlinien der Wirtschaftsministerkonferenz sollten Fristen festlegen, innerhalb derer Bescheide zu erteilen sind, und verantwortliche Behörden durch eine Bündelung und klare Zuteilung von Zuständigkeiten stärken. Darüber hinaus sollten auf diesem Weg für Abbaugenehmigungen längere Mindestzeiträume definiert und Genehmigungen auf bereits genutzten Flächen vereinfacht werden.
- **Rohstoffzugänge über Instrumente der Raumordnung sichern:** Die Gewinnung von Rohstoffen ist standortgebunden und kann nur dort erfolgen, wo Rohstoffe in ausreichendem Umfang geologisch vorhanden sind. Durch innovative Abbautechnologien konnten Unternehmen zudem ihre Effizienz bei der Flächennutzung optimieren und machen Flächen schon während des laufenden Betriebs wieder nutzbar. Aufgrund

der steigenden Konkurrenz um diese Flächen mit anderen Nutzungsformen gilt es, bestehende Instrumente der Raumordnung zu nutzen, um Zugänge zu Rohstoffen sowie deren Sicherung durch die Raumordnung langfristig zu gewährleisten. Dies betrifft auch Rohstoffvorkommen, deren Gewinnung heute wirtschaftlich oder technologisch noch nicht möglich ist. Rohstoffvorkommen sollten bedarfsunabhängig in Regional- und Landesplänen verankert werden. Darüber hinaus sollten Möglichkeiten zur Vereinbarung bundesländerübergreifender Leitlinien für die effektive Rohstoffsicherung in der Raumordnung im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz genutzt werden.

- **Vereinbarkeit von Rohstoffgewinnung und Umweltschutz ermöglichen:** Fest steht: Die Gewinnung von Rohstoffen und Umweltschutz sind kein Widerspruch. Abbauflächen für Rohstoffe sind schon während des Betriebs „Hotspots“ der Biodiversität und Rückzugsorte für seltene Tier- und Pflanzenarten. Nach ihrer Nutzung werden sie oft in Biotop umgewandelt. Der Beitrag der Rohstoffwirtschaft zum nachhaltigen Erhalt einer vielfältigen Flora und Fauna darf nicht klein geredet, sondern muss rechtlich ermöglicht und abgesichert werden. Es gilt, eine gezielte Einbindung von Rohstoffgewinnungsflächen in den Biotopverbund zu erlauben. Dabei sollten Möglichkeiten für die Umsetzung eines dynamischen Naturschutzes („Natur auf Zeit“) geprüft werden. Darüber hinaus sollten Regelungen für die Gewinnung von Rohstoffen auf Teilgebieten von Natura-2000-Flächen und anderen Schutzgebieten geprüft werden. Spezifische Anforderungen für eine sichere Gewinnung von Rohstoffen können dem entsprechenden Leitfaden der Europäischen Kommission entnommen werden. Es sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine Vereinbarkeit von Umwelt- und Naturschutz mit einer zeitlich vorübergehenden Rohstoffgewinnung stärken. Dies trägt wesentlich zu einer nachhaltigen, bezahlbaren und sicheren Rohstoffversorgung bei.
- **Rohstoffsteuern verhindern:** Pauschale Steuerungsinstrumente und übermäßige staatliche Eingriffe wie Rohstoffsteuern haben eine fragliche Lenkungswirkung, da die heimische Rohstoffindustrie bedarfsdeckend und nicht bedarfsweckend arbeitet. Rohstoffsteuern würden lediglich die bereits stark angestiegenen Baupreise weiter antreiben. Zudem könnten Rohstoffsteuern Ausweichreaktionen wie höhere Rohstoffimporte nach sich ziehen. Damit würden angesichts eines weiter ansteigenden Rohstoffbedarfs Wertschöpfung und Wohlstand in Deutschland gefährdet, ohne europäisch oder international Natur- und Klimaschutz voranzubringen. Rohstoffsteuern sind daher klar abzulehnen.

2. Rohstoffsicherung international marktwirtschaftlich gewährleisten

Besonders bei vielen metallischen Primärrohstoffen, die für den Erhalt industrieller Wertschöpfung und der Entwicklung von Zukunftstechnologien entscheidend sind, ist Deutschland derzeit bis zu 100 Prozent von Importen abhängig. Im Jahr 2017 importierte Deutschland 418 Millionen Tonnen Rohstoffe zu einem Wert von 163 Milliarden Euro. Kritische Angebots- und Marktkonzentrationen, die zu stark schwankenden Preisen führen, gibt es insbesondere bei Technologie-Rohstoffen wie Lithium, Kobalt und Seltenen Erden. Wachsende Handels- und Wettbewerbsverzerrungen auf den internationalen Märkten stellen eine verlässliche Versorgung mit unverzichtbaren Rohstoffen vor steigende Herausforderungen. Dies betrifft auch die Primärproduktion zahlreicher Eisen- und Nichteisenmetalle, wie Kupfer und Aluminium, die nahezu vollständig abhängig vom Import von Konzentraten und Erzen ist. Es besteht zudem die Gefahr, dass unverhältnismäßige regulatorische Anforderungen an Rohstoffimporte auf der nationalen Ebene die Beschaffung zusätzlich erschweren. Um Rohstoffzugänge für die verarbeitende Industrie international wirksam zu sichern, muss ein marktwirtschaftlich ausgerichteter Ordnungsrahmen vorgebracht werden. Wir fordern:

- **Globale Wettbewerbsgleichheit konsequent vorantreiben:** Viele Staaten greifen durch die Verhängung von Exportzöllen und Ausfuhrrestriktionen sowie die Vergabe von Subventionen vermehrt in internationale Rohstoffmärkte ein und schaffen oder verstärken damit kritische Markt- und Angebotskonzentrationen. Für Unternehmen in Deutschland wird die bezahlbare Sicherung des Rohstoffzugangs damit vermehrt zu einer Herausforderung. Die Bundesregierung sollte sich daher im Rahmen der deutschen und europäischen Außen- und Handelspolitik auch zukünftig konsequent für den Abbau von Handelshemmnissen und Wettbewerbsbeschränkungen auf multilateraler und bilateraler Ebene einsetzen. Die Verankerung von Rohstoffkapiteln in EU-Freihandelsabkommen und die Stärkung freier und offener Rohstoffmärkte im Rahmen der G20 sind dazu wichtige Schritte. Überwachungsbefugnisse der WTO gilt es zu stärken. Angesichts einer wachsenden Nachfrage nach Rohstoffen insbesondere in aufstrebenden Volkswirtschaften und eines aufkommenden globalen Protektionismus muss die Herstellung globaler Wettbewerbsgleichheit oberste Priorität haben. Dazu sollte außerdem, wie in anderen Industriestaaten bereits praktiziert, der Aufbau einer strategischen Reserve bei wichtigen metallischen Rohstoffen wie zum Beispiel Aluminium, Kupfer, Lithium, Kobalt oder Nickel geprüft werden, auf welche die Industrie in Zeiten von Angebotsverknappung zurückgreifen kann.

Nachhaltigkeit in der Lieferkette unbürokratisch, handhabbar und wirksam umsetzen: Unternehmen in Deutschland sind sich ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Gestaltung von Lieferketten bewusst. Für eine wirksame Einhaltung international anerkannter Menschenrechte, ökologischer Standards sowie des Arbeitsschutzes in der Lieferkette sind vor allem freiwillige und branchenspezifische Ansätze anzustreben. Dazu zählen privatwirtschaftliche Zertifizierungen und Auditierungen für Zulieferer und Minen. Unternehmen haben bereits zahlreiche freiwillige Brancheninitiativen abgeschlossen. Diese gilt es nun zu verstetigen. Mit der CSR-Richtlinie und der EU-Verordnung über Mineralien aus Konfliktgebieten besteht außerdem bereits ein verbindlicher, europäischer

Rechtsrahmen zur Erfüllung von Sorgfaltspflichten. Diesen gilt es, effektiv umzusetzen und anschließend auf seine Wirksamkeit hin zu prüfen, bevor zusätzliche Anforderungen formuliert werden. Darüber hinaus gibt es mit dem Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte eine Initiative zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien auf der Bundesebene. Zu dessen Umsetzung wurde in einem breiten Stakeholder-Verfahren ein mehrstufiges Monitoring-Verfahren entwickelt. Dieses sollte erst vollständig durchgeführt und anschließend sorgfältig ausgewertet werden, bevor neue gesetzliche Vorgaben formuliert werden. Unverhältnismäßige Dokumentationsanforderungen und Sanktionen würden dagegen lediglich etablierte Wertschöpfungsketten aufs Spiel setzen, ohne die Menschenrechts- und Umweltbilanz vor Ort in den Abbauländern nennenswert zu verbessern.

Möglichkeiten, die Rahmenbedingungen bei der Gewinnung in den Förderländern fortlaufend zu beeinflussen, sind für deutsche Unternehmen begrenzt. Unternehmen können weder politische Verhältnisse in Drittstaaten verändern noch ohne politische Unterstützung Menschenrechte durchsetzen. Außerdem stehen sie im Wettbewerb mit Unternehmen aus Drittstaaten, deren Rohstoffbeschaffung oft keinen regulatorischen Anforderungen unterworfen ist. Oberstes Ziel muss es bleiben, Nachhaltigkeit in der Lieferkette wirksam und für Unternehmen handhabbar und unbürokratisch umzusetzen. Transparenzpflichten sollten dazu vereinfacht und harmonisiert werden.

- **Rohstoffpolitik und Entwicklungszusammenarbeit verzahnen:** Um die Menschenrechts- und Umweltbedingungen in Abbauländern wirksam zu verbessern, sollten Instrumente der Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit stärker mit der Rohstoffgewinnung verbunden werden. Deutsche Unternehmen treiben dank innovativer Technologien und langjähriger Erfahrung im verantwortungsvollen Bergbau die sichere, effiziente und umweltverträgliche Gewinnung von Rohstoffen weltweit mit Beratungs- und Technologiedienstleistungen voran. Mit der Unterstützung und Koordination durch das German Mining Network und das Kompetenznetzwerk der Außenhandelskammern können sie dazu beitragen, die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zu erleichtern und steigern. Diese Angebote sollten fortgeführt und auf weitere Regionen, insbesondere das zentrale Afrika, ausgeweitet werden.
- **Beratungs- und Unterstützungsangebote der Bundesregierung fortführen und ausbauen:** Mit dem Rohstoff-Monitoring der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) leistet die Bundesregierung wertvolle Informationsangebote für Unternehmen bei der internationalen Beschaffung von Rohstoffen. Die DERA sollte daher verstetigt und personell gestärkt, ihr Angebot kontinuierlich erweitert werden. Möglichkeiten der Bundesregierung, die Gewinnung und Beschaffung von Rohstoffen durch Unternehmen auf den internationalen Märkten zu unterstützen, sollten geprüft werden. Um langfristig Wachstums- und Innovationspotenziale in Deutschland zu erhalten, sollten darüber hinaus innovative Rohstoffprojekte wie der Tiefseebergbau vorangetrieben werden.

3. Kreislaufwirtschaft effizient und marktwirtschaftlich stärken

Eine effiziente Stärkung der Kreislaufwirtschaft bietet in Verbindung mit einer verlässlichen Versorgung mit Primärrohstoffen Potenziale zur Diversifizierung und Ausweitung der Rohstoffquellen. Ein hochwertiges Recycling zur Herstellung von Materialien, die Primärrohstoffen vergleichbar sind, sowie die Verwertung tragen außerdem zur Schonung natürlicher Ressourcen bei. Eine marktwirtschaftlich und wettbewerblich orientierte und mindestens europäisch ausgerichtete Kreislaufwirtschaft leistet daher einen ökologisch sinnvollen und ökonomisch machbaren Beitrag zur Sicherung von Wertschöpfung und Wohlstand. Der Erhalt der Primärrohstoffverarbeitung in Deutschland ist dabei eine wesentliche Voraussetzung für Innovationen der Kreislaufwirtschaft. Europäisch vereinbarte Recycling- und Verwertungsquoten sollten jetzt effektiv, technologieoffen und rechtssicher national umgesetzt werden. Darüber hinaus müssen Maßnahmen vor allem europäisch vorgebracht werden, um die Kreislaufführung von Rohstoffen zu stärken. Dazu gilt es, mit branchenspezifisch ausgerichteten Ansätzen Wettbewerbsgleichheit zwischen Primär- und Recyclingrohstoffen herzustellen. Wir fordern:

- **Recyclingfähigkeit bei der Produktgestaltung marktwirtschaftlich weiterentwickeln:** Auf der Grundlage der erweiterten Herstellerverantwortung sollte die Produktgestaltung durch Unternehmen über die gesamte Wertschöpfungskette weiterentwickelt werden. Dazu muss insbesondere der Dialog aller betroffenen Akteure über alle Wertschöpfungsstufen hinweg gestärkt werden. Bestehende freiwillige Industrieinitiativen wie die „Circular Economy Initiative Deutschland“ sind zu verstetigen und auszubauen. Daneben sollte die Bundesregierung die Gründung eines „Runden Tisches Recycling“ prüfen, um Expertise zentraler Vertreter aus Politik, Unternehmen und Wissenschaft unter Leitung des BMWi zu bündeln und neue Gesetzgebung effektiv begleiten zu können. Ziel muss dabei sein, eine bessere rechtliche Verzahnung von Produkt- und Abfallrecht zu erreichen. Europäisch sollten darüber hinaus Möglichkeiten geprüft werden, die Recyclingfähigkeit von Produkten in Verbindung mit ihrer Nutzungs- und Energieeffizienz mithilfe der Ökodesign-Richtlinie zu verbessern. Die Recyclingfähigkeit sollte dabei effizient und gleichrangig zu Ressourcenschonung und Klimaschutz vorgebracht werden. Die Entwicklung von Pfand- und Leasingssystemen sollte bei dafür geeigneten Produkten marktwirtschaftlich ausgebaut werden.
- **Wiedergewinnung von Rohstoffen effizient und international steigern:** Dank ihres Know-hows und ihrer innovativen Technologien sind deutsche Recyclingunternehmen international führend. Um Recycling zukünftig noch besser und effizienter zu machen, muss die Planungs- und Investitionssicherheit für hochwertiges Recycling gestärkt werden. Dazu trägt die Erarbeitung und Implementierung von Standards für hochwertige Recyclingverfahren bei. Administrative Kosten des Recyclings sollten reduziert werden, um Wettbewerbsgleichheit für Primär- und Recyclingrohstoffe herzustellen. Insbesondere für die Rückgewinnung von Metallen ist zudem die Verwendung von Hilfsmaterialien wie Blei unabdingbar, die zwar toxische Eigenschaften haben, von denen aber in der kontrollierten Umgebung hochwertiger Recyclingprozesse keine Gefahr ausgeht. Die Anwendung neuer Recyclingverfahren schafft bei dafür geeigneten Materialien zusätzliche Möglichkeiten zur Wiedergewinnung von Rohstoffen. Für ein technologieoffenes

und effizientes Recycling sollten wettbewerbsfähige Verfahren unter Berücksichtigung von Ökobilanzen und Massenstrombetrachtungen vorangebracht werden. Zudem gilt es, Forschung und Investitionen in Entsorgungs-, Sortier- und Verwertungsanlagen europäisch zu stärken und Exporte effizienter Recyclingtechnologien durch eine engere Verzahnung von Kreislaufwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen.

- **Effizienz von Materialströmen erhöhen:** Für eine effektive Reduzierung ineffizienter Materialabflüsse sollte die definitorische Abgrenzung von Produkten und Abfällen national und europäisch angepasst werden. Bei grenzüberschreitenden Transporten von Abfällen in hochwertige Recyclinganlagen gilt es bürokratische Hürden europäisch abzubauen, damit Rohstoffe einem möglichst effizienten Recycling zugeführt werden können. Gleichzeitig muss die illegale Verbringung von Abfällen in Drittstaaten durch einen konsequenten Vollzug des bestehenden Rechts und die verpflichtende Einführung des privatwirtschaftlichen Standards EN50625 verhindert werden. Um die Transparenz von Materialströmen zu verbessern, gilt es außerdem Potenziale der Digitalisierung zu heben. Zur Stärkung eines effizienten Recyclings sollte außerdem ein europäisches Deponieverbot für unbehandelte, nicht-gefährliche Abfälle auf den Weg gebracht werden.
- **Verlässliche Märkte für Recyclingrohstoffe schaffen:** Es gilt, rechtssichere und verlässliche Märkte für Recyclingrohstoffe europäisch auf den Weg zu bringen und den Einsatz von Recyclingrohstoffen so grenzüberschreitend effizient zu stärken. Dazu sollten Anreize geschaffen werden, damit Rezyklate, die mit Primärmaterialien vergleichbar sind, effektiv in den Markt gelangen können. Eine konsequente Anwendung bestehender Regelungen zur öffentlichen Vergabe trägt dazu bei. Zielkonflikte im europäischen Produkt-, Chemikalien- und Abfallrecht führen derzeit vor allem bei nicht-metallischen Recyclingrohstoffen dazu, dass diese in zahlreichen Anwendungen nicht eingesetzt werden dürfen. Auch für einige metallische Rohstoffe gibt es Zielkonflikte bei Verunreinigungen mit Spurenelementen und Nebenstoffen. Diese Zielkonflikte gilt es, für die jeweiligen Anwendungen einzeln zu prüfen und sorgfältig abzuwägen. Grundlage dafür sollte ein effektives Risikomanagement sein. Dazu gehört für Baurohstoffe, die Verwendung von Recyclingrohstoffen über mindestens nationale, am besten europäische, gesetzlich verbindliche Grenzwerte für Reststoffe zu ermöglichen. Ziele für den Einsatz von Rezyklaten müssen sich technologieoffen am ökonomisch und technologisch Machbaren orientieren und sollten einem hochwertigen Recycling nicht entgegenstehen.
- **Rohstoffeffizienz mit freiwilligen Ansätzen erhöhen:** Ein effizienter Einsatz von Rohstoffen ist angesichts eines weiter ansteigenden Rohstoffbedarfs unumgänglich. Dieser ist vor dem Hintergrund hoher Rohstoffpreise betriebswirtschaftlich unabdingbar und daher fester Bestandteil von Unternehmensstrategien. Eine Stärkung der Kreislaufwirtschaft trägt zur Steigerung der Rohstoffeffizienz bei. Entscheidend ist, dass im Rahmen der Neuauflage des nationalen Ressourceneffizienzprogramms, ProgRess III, am Grundsatz „Freiwilligkeit vor Regulierung“ festgehalten wird. ProgRess III sollte die Entwicklung innovativer Technologien und die Forschung im Material- und Rohstoffbereich technologieoffen voranbringen. Bestehende Forschungsnetzwerke wie das „German Resource Research Institute“ sollten dabei verstetigt werden.